



Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
im Ortsbeirat
Mainz-Altstadt

TOP 2.1

Vorlage-Nr. 0568/2021/1

Änderungsantrag zum Antrag 0568/2021 (SPD)

in der Ortsbeiratssitzung am 14. April 2021

Klimaschutz vorantreiben: Solarsatzung - Dachbegrünung - Fassadenbegrünung

Zurecht stellt die SPD in ihrem Antrag fest, dass eine Solarsatzung und die Aktualisierung der Dachbegrünungssatzung als Maßnahmen im Masterplan Klimaschutz enthalten sind. Ebenfalls als Maßnahme im Masterplan enthalten ist, dass Mainz zur „ersten werbefreien Stadt Deutschlands“ erklärt werden soll. Hierzu hat die Baudezernentin uns in der Antwort auf Anfrage 1509/2018 erklärt: *„Die einzelnen Maßnahmen können jedoch grundsätzlich durch andere wirksame Maßnahmen ersetzt werden. Die Umsetzung des vorgelegten Maßnahmenbündels wurde nicht vom Stadtrat beschlossen; vielmehr wurde beschlossen, dass jede einzelne Maßnahme vor deren Umsetzung den Gremien noch einmal vorgelegt wird.“* Im Bezug auf die Solarsatzung äußert Amt 30 (Standes-, Rechts- und Ordnungsamt) Bedenken, ob die landesrechtliche Ermächtigung der Kommunen zum Erlass einer Solarsatzung vorliegt.

Der Antrag wird wie folgt verändert:

Punkt 1 erhält die Fassung: Die Altstadt braucht eine Solarsatzung. Wir nehmen zur Kenntnis, dass der Landesgesetzgeber den Kommunen hohe Hürden in den Weg stellt, eine rechtssichere Solarsatzung umzusetzen. Wir appellieren deshalb dringend an die Parteien, die derzeit über eine Koalitionsvereinbarung für die Wahlperiode 2021-2026 verhandeln, hier für die nötige Klarheit zu sorgen. Wir erinnern zugleich an den Stadtratsbeschluss 1414/2019/1 (Klimanotstand) und den in Punkt II Nr. 5 enthaltenen Auftrag, die Grünsatzung zu novellieren, insbesondere um die räumliche Ausdehnung auf den Winterhafen und die thematische Erweiterung der Fassadenbegrünung. Wir nehmen positiv zur Kenntnis, dass die Verwaltung mit Hochdruck und großem personellen Engagement an der Fertigstellung der Novellierung arbeitet.

Punkt 2 erhält die Fassung: Wir bitten die Verwaltung zu prüfen, mit welchen Maßnahmen sie bei ImmobilieneigentümerInnen für die Begrünung von Bestandsgebäuden und deren Ausstattung mit Solaranlagen werben und damit deren Umsetzung erleichtern kann. Des Weiteren bitten wir um Prüfung, ob die Bauverwaltung: eine kostenlose Bauberatung und die Vermittlung von Zuschüssen und der Wirtschaftsbetrieb eine Ermäßigung von Abwassergebühren anbieten kann. Das beinhaltet auch die Prüfung, welche dieser Maßnahmen haushaltsrechtlich möglich und aus Sicht der Verwaltung sinnvoll sind.

Punkt 3 erhält folgende Fassung: Wir begrüßen, dass die Verwaltung sowohl mit den GebäudeeigentümerInnen des Parkhauses Kronberger Hof und des benachbarten Klosters bezüglich einer möglichen Fassadenbegrünung in Verhandlungen sind und diese beiden Projekte umsetzen möchte. Die Verwaltung wird ferner aufgefordert, mit den EigentümerInnen des Parkhauses Galeria Kaufhof ähnliche Gespräche zu führen, sowie im Bezug auf die Gebäude Galeria Kaufhof, Müller-Listmann, Hilton Rheinflügel und Volkshochschule über eine mögliche Dachbegrünung zu sprechen und dem Ortsbeirat über die Ergebnisse zu berichten. Des Weiteren soll die Verwaltung aufzeigen, welche Möglichkeiten für die Begrünung von



Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
im Ortsbeirat
Mainz-Altstadt

Dächern und Fassaden durch die im Verfahren befindlichen Bebauungspläne für die Altstadt enthalten sind, sowie welche Möglichkeiten der Stadt entgehen, wenn dies bei bestehenden, bei neuen (z.B. Ludwigsstr.) oder nicht vorhandenen Bebauungsplänen (z.B. Große Langgasse) nicht berücksichtigt wird. Es sollten auch Vorschläge gemacht werden, wie die beiden Fußgängerbrücken vom Brand über die Rheinstr. sowie Quintinsstr. begrünt werden können.

Renate Ammann
Bündnis 90/DIE GRÜNEN